

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Wochenzeitung des „Vorwärts“. Bezugspreis für
beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 2,25 M. pro Monat
(davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus
abzurufen. Postbezugs 2,97 M., einschließlich 60 Pf. Poststempel
und 72 Pf. Postbefreiungsbefreiung

Spätausgabe des „Vorwärts“

Einzelgenuss: Die einseitige Maßstabgröße 30 Pf.
Reklamierliste 2.-M. Ermäßigungen nach Tarif. Verlagskonto:
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 536. - Der Verlag
behält sich das Recht der Uebersetzung nicht genehmiger Ausgaben vor.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Korrespondenz: Dankschreiben (A 7) 263-297

Nationaler Kriegsverrat erlaubt!

Das ist die Losung der „Nationalen“ von heute!

Der Reichsminister Groener ist heute in der deutsch-nationalen Presse das Ziel giftiger Angriffe. Nach dem Stichwort, daß der Nationalsozialist Straßer gegeben hat, wiederholt die Hugenberg-Presse im Chor: Groener kann sein Amt nicht mehr ausfüllen.

Die ungeheure Erbitterung der Nationalsozialisten ist verständlich. Groener hat ihnen die Maske vom Gesicht gerissen. Er hat die unwiderleglichen Beweise vorgelegt, daß die Nationalsozialisten aus innerem Haß gegen die Verfassung selbst zum Kriegsverrat bereit sind, er hat ihnen für den Ernstfall ganz unmißverständlich gedroht — eine Haltung, die für den Reichsinnenminister, erst recht für den Reichswehrminister, ganz selbstverständlich ist.

Die deutsch-nationale Presse — die sogenannte nationale Presse — zeigt von dieser Katastrophe der Nationalsozialisten ihren Lesern nur eins: daß Herr Groener die Abrechnung mit Hitler, Röhm, Goering und Genossen sehr schwer gefallen ist, einmal wegen des infernalischen Geheul, das die nationalsozialistische Fraktion anstimmte, so daß der Minister kaum einen Satz ohne wildeste Unterbrechungen sprechen konnte, dann vor allem, weil ihm infolge einer Furunkulose das Reden schwer fiel.

Die sogenannte nationale Presse hat sich auf die Furunkulose des Ministers Groener gestürzt, weil sie verschweigen will, daß Groener die Eiterbeule der SA aufgepflanzt hat! Sie hat damit gezeigt, wie es um ihre nationale Gesinnung bestellt ist!

Die sogenannte nationale Presse schweigt dazu, daß die Nationalsozialisten sich zum Landesverrat und zum Kriegsverrat bekennen, sie schweigt dazu, daß dies dokumentarisch nachgewiesen wird, sie findet kein Wort der Distanzierung daran, während sie sonst doch sehr rasch mit dem Landesverratsgesetz zur Hand ist! Ganz im Gegenteil! Im „Lokal-Anzeiger“ liest man: „Was Herr Groener gegen die SA und für das Reichsbanner vorbringt, ist zu armfellig, um damit zu rechten.“ Damit stellt sich die Hugenberg-Presse schützend vor die landesverräterischen Absichten der Nationalsozialisten!

Mehr noch: weil der Reichswehrminister Groener in tiefster Empörung über die Vorbereitung des Kriegsverrats der Nationalsozialisten in offiziellen SA-Befehlen die nationale Unzuverlässigkeit des hitlerischen Parteioberhauptes dem Lande gezeigt hat, schreit die sogenannte nationale Presse: Herr Groener muß fort!

„Nationale Presse“ nennt sich das, was auf Hugenbergs Befehl den nationalsozialistischen Landesverrat begünstigt! National? Ihre sogenannte nationale Gesinnung ist Schwindel!

Der Reichstag tagt weiter.

Streit um den Artikel 48'

Der Reichstag lehnte heute zunächst die dritte Beratung des Schuldentilgungsgesetzes ab.

Abg. Reinhardt (Nsoz.) nennt das Gesetz stümperhaft und liederlich. (Präsident Lohse erlucht den Redner, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen.) Wer diesem Gesetz zustimmt, der stimme damit für eine Verfassungswidrigkeit. Nur unter dem Einfluß der Regierung hätten nachträglich einige Staatsrechtslehrer die Verfassungsmöglichkeit bejaht. Wenn dieses Gesetz leichtfertigerweise angenommen wird, dann sei die Reichsschuldenverwaltung genötigt, weitere Schuldentilgungen zu verweigern. Unter nichtigen Vorwänden sei die Sitzung des Reichsschuldenausschusses vertagt worden. Die Begründung der Vorlage enthalte grobe Fehler und Unwahrheiten. Der Reichsfinanzminister habe den Münzumsatz um 400 Millionen erhöht und damit eine neue Silberinflation geschaffen, ohne daß dadurch neue Werte geschaffen wurden. Diese Finanzpolitik beruhe auf Unwahrheit und Schwindel. (Beifall b. d. Nsoz.)

Präsident Lohse ruft den Redner wegen seiner letzten Ausdrücke zur Ordnung.

Reichsjustizminister Joel

bestreitet, daß das Kreditverfahren der Regierung und das neue Gesetz verfassungswidrig seien. Grundsätzlich sei der Reichspräsident berechtigt, auf Grund des Art. 48 alle Maßnahmen zu treffen, die im Wege der ordentlichen Gesetzgebung getroffen werden können.

Zukunftsbild



„Zu den Waffen! Soeben hat der Feind die Grenze überschritten.“
„So? Na, dann werde ich mich rückwärts konzentrieren. Für dies System bin ich viel zu schade!“

Die ganze Rechtsentwicklung hinsichtlich des Art. 48 sei noch im Fluß. (Lachen bei den Nsoz.) Das ist kein Wunder, solange der Reichstag nicht in der Lage ist, das in der Verfassung vorgesehene Ausführungsgesetz für den Art. 48 zustande zu bringen. Es wäre auch möglich, durch Rotverordnung dem fehlenden Ausführungsgesetz vorzugreifen. Das ist durch verschiedene Rotverordnungen schon geschehen, beispielsweise der Verfassungsbestimmung gegenüber, daß niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf oder gegenüber der Freizügigkeitsbestimmung. (Unruhe b. d. Nsoz., Zurufe des Abg. Frank II, Nsoz.) Der Minister versichert diesen Zurufen gegenüber, daß der Staatsgerichtshof politisch unbeeinflusst sei.

Präsident Lohse ruft den Abg. Frank II zur Ordnung, nachdem er ihn wiederholt vergeblich zur Ruhe ermahnt hat.

Minister Joel bestreitet weiter, daß das Statutrecht des Reichstags durch die Maßnahmen der Regierung verletzt worden sei. Bei Kenntnis der neueren staatsrechtlichen Literatur werde Abg. Reinhardt sicherlich seine Vorwürfe als unberechtigt zurücknehmen. Heute sei es wahrhaftig kein Vergnügen, das dornenvolle Amt eines Reichsministers zu versehen.

Die dritte Beratung des Gesetzes ist damit beendet. Die Abstimmung wird vom Präsidenten Lohse zurückgestellt bis zu den weiteren Abstimmungen.

Hierauf wird die

allgemeine politische Aussprache

fortgesetzt.

Abg. Emminger (Bagr. Sp.) wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Göring, daß das Brüning-Kabinett Illusionspolitik treibe. Mit so brutaler Offenheit habe noch kein Reichskanzler und kein Finanzminister dem Volke die Wahrheit gesagt, wie Brüning und Dietrich. Dennoch seien weite Kreise des Volkes sich noch immer nicht über den vollen Ernst der Lage klar. Die Währungsfrage sei nicht nur wirtschaftlicher Natur und jedes Verlassen der Goldwährung würde auch schwere psychologische Erschütterungen in unserem Volke hervorrufen. Ein dunkles Kapitel unserer Wirtschaft seien die Fehlleistungen des Kapitals, die zu einem großen Teil im Verein mit der falschen Rationalisierung die große Arbeitslosigkeit verschuldet hätten. Hier hätten

die großen Wirtschaftsführer nicht das Vertrauen gerechtfertigt, das sie vielfach genossen.

Eine der wesentlichsten Ursachen der deutschen und der Weltwirtschaftskrise sei die Tributlast in Verbindung mit dem ganzen Kriegs-

schuldenproblem. Die Anträge der Opposition auf Streichung der Tribute seien ein Schlag in die Luft, denn angesichts der Lage unserer Wirtschaft sei in Deutschland keine Regierung möglich, die die Weiterzahlung der Reparationen zugeben wollte. Die in England und anderen Ländern fortschreitende Entwicklung zur Abschließung werde auch Deutschland zwingen, sich in seiner Wirtschaft auf den Binnenmarkt umzustellen, selbst wenn man grundsätzlich kein Freund der vollkommenen Autarkie sei.

Für die Landwirtschaft habe das Kabinett Brüning getan, was möglich war. Die Nationalsozialisten aber hätten dagegen gestimmt.

(Unruhe bei den Nsoz.)

Zur Rechtfertigung des Gottlosenverbots sagt Dr. Emminger, die SPD-Fraktion sei eine Filiale von Moskau und Stalin wolle die Weltrevolution, wozu auch die Gottlosenorganisation dienen solle. Der Amnestieantrag der Nationalsozialisten mache keinen Unterschied zwischen politischen und gemeinen Verbrechen und ist dadurch geradezu eine Prämie auf Mord. Uebrigens bringt die Hitler-Presse immer wieder Falschmeldungen über angebliche Ermordung ihrer Leute durch politische Gegner.

Abg. Kippel (Chr.-Soz.): Das gestern vom Abg. Straßer entwickelte Programm enthielt so manche unserer alten und auch überalterte Forderungen, während die neuen zwar gut gemeint, aber nicht genug durchgedacht sind. Der Redner spricht dann gegen die demagogische Agitation der NSDAP, deren Ziel der christlich-sozialen Volksdienst war. Dabei berichtet der Redner aus dem preussischen Wahlkampf, daß deutsch-nationale Kandidaten für den Fall der Machtergreifung Hugenbergs die Wiedereinführung des Dreiklassenwahlrechts angefündigt haben.

Abg. Dr. Hugo (Sp.): Mit den Reparationen muß nun endgültig Schluss gemacht werden, damit die Weltwirtschaft wieder in Ordnung gebracht werden kann. Wir freuen uns über das ehrliche Nein, das der Korymbus in der Tribüne gesprochen hat.

Der Reichskanzler dürfte am frühen Nachmittag sprechen.

Feuer im Laubengelände.

Mehrere Lauben völlig vernichtet.

In der Kleingartenanlage „Lerche“ in der Sonnenallee am Schwarzen Weg in Neukölln wurden in der vergangenen Nacht mehrere Lauben, die sich die Besitzer bereits für den Sommeraufenthalt eingerichtet hatten, durch Feuer vernichtet.

Kurz nach Mitternacht ertönte in der Siedlung Feueralarm. Eine Wohnlaube brannte lichterloh und die Flammen hatten bereits auf fünf angrenzende Lauben übergegriffen. Starker Feuerschein erleuchtete die Kolonie taghell. Die alarmierte Feuerwehr griff mit mehreren Löschzügen in die Bekämpfung des Brandes ein. Durch starkes Wassergeben gelang es, zwei Wohnlauben vor der völligen Vernichtung zu retten. Zum Teil mußten sich die Wehren darauf beschränken, die übrigen eine Zeitlang durch Funkenflug stark gefährdeten Lauben zu schützen.

591 849 Berliner suchen Arbeit.

20 725 weniger als im vorigen Monat.

Im Bereich des Landesarbeitsamts Brandenburg ist die Zahl der Arbeitsuchenden in der Zeit vom 16. bis 30. April um 36 145 zurückgegangen auf 805 943 Arbeitsuchende.

In Berlin waren 612 574 Arbeitsuchende, jetzt sind es noch 591 849. In Brandenburg ging die Personenzahl der Arbeitsuchenden von 212 447 auf 198 490 zurück, in der Grenzmark Posen-Westpreußen von 17 067 auf 15 604.

Die Zahl der Unterstützungsbezieher in Berlin ist in der Arbeitslosenversicherung von 118 468 auf 116 779 zurückgegangen, in der Krisenfürsorge von 156 548 auf 154 012, während die Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen von 231 740 auf 237 869 gestiegen ist. Der Verringerung der Zahl der Arbeitsuchenden um 20 725 in Berlin steht nur eine Verminderung der Zahl der Unterstützten um 1904 gegenüber, und zwar in der Arbeitslosenversicherung um 1689, in der Krise um 2536, dagegen eine Zunahme von 6129 in der Wohlfahrt.

Auf je 1000 Einwohner in Berlin kommen 29,10 Hauptunterstützungsempfänger und 38,37 Krisenunterstützte. Im Gesamtbezirk kommen auf 1000 Einwohner 23,58 Hauptunterstützungsempfänger, in der Provinz Brandenburg 17,10, in der Grenzmark 7,53. Krisenunterstützte insgesamt 31,65, in der Provinz Brandenburg 23,25 und in der Grenzmark 15,78.

